

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeiger- und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis: 10 Pfennig. — Anzeigerpreis: 10 Pfennig. — Anzeigerpreis: 10 Pfennig.

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen für Anzeigen aus dem Erzgebirge nehmen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis: 10 Pfennig. — Anzeigerpreis: 10 Pfennig.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 267

Sonntag, den 13. November 1932

27. Jahrgang

Länderbesprechungen in der Reichstanzlei

Ausprache über allgemeine Fragen

Berlin, 11. November. Die heutige Besprechung des Reichstanzlers mit den Regierungschefs von Bayern, Baden, Württemberg und Sachsen, die in Anwesenheit des Reichsinnen- und des Reichsjustizministers erfolgte, war kurz nach 9 Uhr abends beendet. Es handelte sich um eine allgemeine politische Aussprache, die auf die Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, insbesondere den Fall Preußen, abgefaßt war, und der Vorbereitung der morgigen Tagung des Verfassungsausschusses des Reichsrats diente.

Berlin, 12. November. Die Berliner Morgenblätter berichten in der Mehrzahl sehr eingehend über die gestrige Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Reichstanzler. Die Konferenz, der eine eingehende Beratung der Länderminister in der bayerischen Gesandtschaft vorausgegangen war, diente, wie die „D.A.Z.“ es bezeichnet, einem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten rüchellosen Meinungsaustausch über die allgemeine Lage, in dessen Mittelpunkt ein Entschließungsentwurf gestanden habe, den die Ministerpräsidenten als Ergebnis ihrer Würzburger Vorkonferenz für die Sitzung des Verfassungsausschusses mitgebracht hätten. Dieses Dokument, dem sich auch andere nicht an der Würzburger Konferenz beteiligte Länder angeschlossen hätten,

soll die grundsätzliche Stellungnahme der Länder zu der Reichsaktion gegen Preußen, zu der geplanten Verfassungsreform und zu den künftigen Möglichkeiten einer Reichsreform behandeln. Die Wünsche und Bedenken der Länder seien in ihm ausführlich dargelegt. Der „Völkischen Zeitung“ zufolge sollen auch die zum Teil in der Öffentlichkeit ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten, die besonders zwischen dem Reichstanzler und dem bayerischen Ministerpräsidenten eine Rolle gespielt hätten, erörtert worden sein. Die „Völkische Zeitung“ berichtet außerdem über Münchener Informationen, wonach es der bayerischen Regierung gelungen sei, in Würzburg eine Art Einheitsfront Bayern-Württemberg — Baden — Sachsen — Hessen — Thüringen gegenüber dem Kabinett Papen herzustellen, deren Vorsitz der Ministerpräsident Dr. Heß bei der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses des Reichsrats sein sollte.

In dieser Sitzung sollen, wie von verschiedenen Blättern angekündigt wird, auch die Fragen der Verwaltungsreform und des Finanzanschlusses sowie der Verbilligung der Reichsverwaltung und die durch das Leipziger Urteil geschaffene Rechtslage erörtert werden. Besonders Beachtung finden bei der gestrigen Konferenz nicht gefaßt worden.

Vor der Veröffentlichung des französischen Planes

Genf, 11. November. Der englische Außenminister Sir John Simon wird voraussichtlich Sonntag oder Montag in Genf einreisen, um in einer der nächsten Sitzungen des Büros der Verständigungskonferenz das Wort zu den englischen Vorschlägen über die Gleichberechtigung zu erheben. Der französische Plan soll zunächst am Montag oder Dienstag vom Ministerrat in seiner endgültigen Fassung genehmigt und Mitte oder Ende der nächsten Woche in Genf, Rom, London und Berlin verteilt werden.

Das Urteil im Schweidnitzer Prozeß

Schweidnitz, 11. Nov. Am Freitagvormittag wurde im Bombenattentatsprozeß das Urteil verkündet. Der nationalsozialistische Angeklagte Wagner wird zu fünf Jahren und einer Woche Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte Polomski wird zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr verurteilt, Heines zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten, Dahn, Staats und Kaufner zu einer Gefängnisstrafe von je vier Monaten. Wolter wird freigesprochen.

Zuchthausurteil im W.G.-Sondergerichtsprozeß

Berlin, 11. Nov. Das Sondergericht verurteilte den Arbeiter Weidmüller und den Schlosser Grämer, die am 5. November in Straßenschnitten Schottersteine gelegt hatten, wegen Transportgefährdung auf Grund der Verordnung gegen den politischen Terror zu je 2½ Jahren Zuchthaus.

24stündiger Generalstreik für Genf beschlossen

Genf, 11. Nov. Wider alles Erwarten hat der unter dem Vorsitz von Nationalrat Koffel verfasste Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes des Kantons Genf am Freitagabend mit 87 gegen 58 Stimmen bei einigen Enthaltungen beschlossen, auf Sonnabend den Generalstreik zu erklären. Die Dauer des Streiks ist auf 24 Stunden beschränkt worden. Es scheint, daß die Befürworter des Streiks, die — wie es zuerst schien — in der Minderheit waren, im letzten Augenblick die Mehrheit gewannen und diesen Beschluß herbeiführten.

Militärische Verstärkungen für Genf

Genf, 11. Nov. Nach der Proklamierung des Generalstreiks durch den Genfer Gewerkschaftsbund hat der Genfer Staatsrat beschlossen, die Walliser Regierung um die sofortige Entsendung eines Bataillons des Walliser Regiments zu ersuchen. Die kommunistische Partei in Genf läßt während der Nacht Nummern der Genfer „Roten Fahne“ verteilen, in denen die Festnahme der Genfer Regierung verlangt wird. Es wurde sofort Befehl gegeben, die Zeitung zu beschlagnahmen.

Ueberall Ruhe in der Schweiz

Bern, 11. Nov. Die Nacht zum Freitag ist in Genf und in der übrigen Schweiz vollkommen ruhig verlaufen. Die Truppenaufgebote brauchen nirgends einzugreifen. Der schweizerische Gewerkschaftsbund will sich in die Genfer Affäre nicht einmischen, er betrachtet diese Vorgänge als Angelegenheit der Genfer Sozialisten.

Politische Zusammenkünfte in Paris

Paris, 11. Nov. In der Nähe des Pantheon kam es heute nachmittag zu politischen Zusammenstößen. Zwei Gruppen von Manifestanten, Pazifisten, Sozialisten und Kommunisten, hatten vor dem Jaurès-Denkmal, und Camelots du Roi vor dem Erinnerungsdenkmal für die gefallenen Frontkämpfer am Pantheon eine Peter abhalten wollen. Kommunisten und Camelots du Roi wurden handgemein. Die Polizei mußte eingreifen und die Kämpfer trennen. Sieben Camelots du Roi wurden verhaftet; mehrere Personen wurden leicht verletzt.

Gefallenenehrung im Reichstag

Zum Gedenken der im Weltkrieg gefallenen oder an den Folgen ihrer Verwundungen später gestorbenen Kameraden veranstaltete der Reichstag am Freitagabend, 11. November, eine Gedenkstunde. Die Gedenkstunde wurde von dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichsinnenminister eröffnet. Die Gedenkstunde wurde von dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichsinnenminister eröffnet. Die Gedenkstunde wurde von dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichsinnenminister eröffnet.

Verlängerung des Hoover-Moratoriums?

Englische und französische Schritte in Washington

London, 11. November. Der britische Botschafter in Washington, Sir Ronald Lindsay, hat dem Staatssekretär Stimson eine Note in der Schuldfrage überreicht, in der angeblich eine Ausdehnung des Hoover-Moratoriums vorgeschlagen wird.

Nach Presseberichten ist die Note überreicht worden, weil die demokratische Regierung erst im nächsten Frühjahr das Amt übernehmen wird. Bei einem Siege Hoovers hätte man dieselbe sofort die Schuldverhandlungen eröffnet. Man hofft, daß Amerika den englischen Vorschlag annehmen werde. Die Sachverständigen für die Weltwirtschaftskonferenz hätten ihren Regierungen vertraulich gemeldet, daß zunächst eine Einigung über die Grundzüge einer Schuldregelung erfolgen müsse, ehe die Weltwirtschaftskonferenz erfolgreich ihre Aufgabe lösen könne. Der Plan, die Schulden durch eine große internationale Anleihe abzulösen, komme aus Kreisen der Bank von England, sei aber noch nicht von der englischen Regierung angenommen worden. Die englische Note wird „Financial News“ zufolge mit den Härten und Ungerechtigkeiten der jetzigen Abkommen begründet.

Ferner meldet der New Yorker Sonderberichterstatter des „Welt Parisien“, daß der französische Botschafter in Washington noch im Laufe des heutigen Freitag bei der amerikanischen Regierung vorpreschen werde, um die Hinausschiebung des Zeitpunktes für die französischen Schuldverhandlungen zu erbitten. Die französische Regierung habe sich dem englischen Schritt deshalb nicht gleich angeschlossen, um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob die Schuldverhandlungen eine Einheitsfront gegen Amerika gebildet hätten.

Der Eindruck der Simon Rede in Berlin

Berlin, 11. November. Die gestrige Rede des englischen Außenministers Sir John Simon wird in hiesigen ausländischen Kreisen als ein Beweis dafür gewertet, daß seit den Tagen der deutschen Denkschrift über die Gleichberechtigung und der englischen und französischen Antwortnoten ein ganz erheblicher Wandel in der Beurteilung dieser Frage in der Welt eingetreten ist. Wenn Simon allerdings erklärt, er verfolge die gleiche Politik wie Herrriot und werde ebenso wie dieser den französischen Abklärungsplan dem englischen Standpunkt nicht vorher bekanntgeben, so steht man in deutschen politischen Kreisen darin doch eine unbillige Belastung für die öffentliche Diskussion dieser Frage. — Sir John Simon, dessen Rede in Ton und Inhalt sich außerordentlich von seiner Rede im August unterscheidet, hat gestern im großen und ganzen die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung sich zu eigen gemacht. Die Hauptfrage für Deutschland bleibt aber nach wie vor, ob die in Genf abzuschließende Abrüstungskonvention in welchem Umfang auch für Deutschland Geltung haben wird. — Aus der Erklärung Simons scheint hervorzugehen, daß er lediglich das Mittel der Gewalt ausschalten will. Deutschland kann auch darüber hinaus in keiner Weise die Verpflichtung eingehen, auf eine Revision zu verzichten und den Status quo oder gar ein Locarno anzuerkennen. Es werde keine Bindungen eingehen, die nicht in gleicher Weise auch für andere Staaten Geltung haben. Die englische Presse vertritt, die Rede Simons so auszulegen, als ob England jetzt die deutsche Gleichberechtigung anerkannt habe und weist dann darauf hin, Herrriot habe dies in seiner Rede auch getan, also bestünde kein Hindernis mehr für Deutschland, nach Genf zu gehen. — Demgegenüber muß zunächst einmal festgestellt werden, daß die Rede Herrriots noch keineswegs eindeutig die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung bedeutet. Der Herrriot-Plan enthält kein Zugeständnis dieser Art. Deutschland will ganz klar wissen, ob die Genfer Abrüstungskonvention auch für Deutschland Geltung haben werden. Von der eindeutigen Beantwortung dieser Frage wird es abhängen, ob Deutschland

wieder nach Genf geht. England allein kann uns die Gleichberechtigung garnicht bringen. Dazu gehört die Einheit aller beteiligten Mächte.

Noch keine Einladung an die Parteiführer

Berlin, 11. November. Der Kanzler hat bisher die Führer der großen Parteien, mit denen er verhandeln will, noch nicht eingeladen. Für heute kommen noch keine derartigen Besprechungen in Frage, da der Kanzler den Nachmittag über durch die Verhandlungen mit den Ministerpräsidenten vollauf in Anspruch genommen ist. Es ist zu erwarten, daß die ersten Besprechungen am Sonntag stattfinden und daß sie am Dienstag nach der Rückkehr des Reichstanzlers aus Dresden fortgesetzt werden.

Ein allgemeines Hypothekendarlehen?

Berlin, 11. Nov. Wie die „Berliner Börsenzeitung“ meldet, soll das Reichskabinett eine Rotationsordnung beschließen haben, die ein generelles Darlehen für alle Hypotheken mit Ausnahme der Landwirtschaftsverordneter Kapitalbindung auch auf alle anderen Hypotheken ausgedehnt werden. Wie hierzu verlautet, handelt es sich bei der Veröffentlichung um einen Entwurf, der dem Kabinett aber noch nicht vorgelegen hat und dessen Inhalt daher noch einer Veränderung unterliegen kann.

Neue Unterredung zwischen Papen und Braun

Berlin, 11. November. Wie das Nachrichtenbüro des W.D. meldet, hat bereits heute vormittag eine Unterredung zwischen dem Reichstanzler von Papen und dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun stattgefunden, in der die Berichte fortgesetzt wurden, zu einer Einigung über die Auslegung des Leipziger Urteils zu kommen. Die Unterredung dauerte über eine Stunde. Ueber den Inhalt der Besprechung wird offiziell nichts bekanntgegeben. Man hört nur, daß auf Wunsch des Reichstanzlers die Aussprache in der nächsten Woche fortgesetzt werden soll. Die Pause in diesen Verhandlungen ist bedingt dadurch, daß Reichstanzler von Papen jetzt seine Reise nach Süddeutschland antreibt. Aus der Verlegung der weiteren Aussprache scheint jedoch hervorzugehen, daß die strittige Frage der offiziellen Wiedereinsetzung der preussischen Staatsminister in ihre Ämter auch bei der Unterredung mit dem Reichstanzler bisher nicht berührt werden konnte.

Der nat.-soz. Reichstagsabgeordnete Beller verhaftet

Wuppertal, 11. November. Von der Altonaer Kriminalpolizei wurde heute vormittag der Reichstagsabgeordnete Beller festgenommen. In seiner Begleitung befand sich ein gewisser Trimborn aus Warmen, bei dem im Juni vergangenen Jahres ein Munitions- und Waffenlager gefunden wurde und der seit dieser Zeit flüchtig war und beständig gesucht wurde. Die Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Beller erfolgte im Zusammenhang mit dem Vorfall in der Nacht zum letzten Sonntag, bei dem aus dem Auto des Abg. Beller Schüsse auf Passanten und die Polizei abgegeben wurden. Entgegen der Behauptung, daß Beller sich nur bis zum Sonnabend in Wuppertal aufgehalten hätte, stellte die Polizei fest, daß sich Beller in der Nacht zum Sonntag unmittelbar vor der Schließung in verschiedenen Wirtschaften im Wuppertal aufgehalten und daß sein Auto am Sonntag morgen vor seiner Wohnung gestanden hat.